ÜBERSETZUNG

Geschäftsverzeichnismr. 637
Urteil Nr. 78/94 vom 18. Oktober 1994

URTEIL

In Sachen: Präjudizielle Frage in bezug auf Artikel 5 des Dekrets der Französischen Gemeinschaft vom 8. Juli 1983 «réglementant la publicité non commerciale à la radio et à la télévision » (zur Regelung der nichtgewerblichen Rundfunk- und Fernsehwerbung), gestellt vom Kassationshof.

Der Schiedshof,

zusammengesetzt aus den Vorsitzenden M. Melchior und L. De Grève, und den Richtern H. Boel, P. Martens, Y. de Wasseige, G. De Baets und E. Cerexhe, unter Assistenz des Kanzlers L. Potoms, unter dem Vorsitz des Vorsitzenden M. Melchior,

verkündet nach Beratung folgendes Urteil:

*

* *

I. *Gegenstand der präjudiziellen Frage*

In seinem Urteil vom 23. Dezember 1993 in Sachen der Régie media belge AG gegen die Offpress AG und die Gesellschaft französischen Rechts Winning Productions s.a.r.l., in Liquidation, hat der Kassationshof - erste Kammer - folgende präjudizielle Frage gestellt:

« Werden die durch Artikel 59bis § 2 1° der Verfassung und Artikel 4 6° des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen vor dessen Abänderung durch das Gesetz vom 8. August 1988 zur Bestimmung der jeweiligen Zuständigkeiten von Staat und Gemeinschaften festgelegten Vorschriften verletzt durch das Dekret der Französischen Gemeinschaft vom 8. Juli 1983 zur Regelung der nichtgewerblichen Rundfunk- und Fernsehwerbung, soweit Artikel 5 des besagten Dekrets diejenigen bestrafte, 'die im Rundfunk oder im Fernsehen Werbung gesendet haben', sowie 'diejenigen, die eine Nachricht verfaßt haben, die im Rundfunk oder im Fernsehen gesendet wurde und nicht die Vorschriften dieses Dekrets erfüllt' ? ».

II. *Sachverhalt und vorhergehendes Verfahren*

Zu Beginn des Jahres 1987 schloß die Régie media belge AG, abgekürzt R.M.B., die von der R.T.B.F. mit der Suche nach auszustrahlenden Anzeigen beauftragt wurde, einen Vertrag mit dem Verleger der Zeitschrift « Visions International », und zwar mit der Offpress AG, die als Beauftragte der Gesellschaft französischen Rechts Winning Productions auftritt. R.M.B. verpflichtete sich, im Laufe der Sendung « Nickel Odéon » Bilder der Zeitschrift « Visions International » sowie gewisse Markenprodukte, die Gewinne bei Fernsehspielen darstellten, zu zeigen. Als Gegenleistung sollten der R.M.B. 150.000 Franken je ausgestrahlte Sendung gezahlt werden. Von den vorgesehenen 21 Sendungen wurden 18 ausgestrahlt.

Zunächst beschloß die R.T.B.F., den Hinweis auf eine einzige Marke zu streichen, und weigerte sich anschließend, in den letzten Sendungen die Marken der Gewinne zu erwähnen, wobei sie sich lediglich bereit erklärte, sie im Abspann anzugeben. Die Offpress AG protestierte nach dem Ende der Fernsehserie gegen diese Änderungen.

Am 5. Oktober 1988 verklagte R.M.B. die Gesellschaften Offpress und Winning Productions zur Zahlung der Sponsoringrechnungen im Anschluß an die fünf durchgeführten Sendungen, für einen Betrag von 3.213.000 Franken.

Durch Urteil vom 5. Dezember 1989 erklärte das Handelsgericht Brüssel die Klage für unzulässig mit der Begründung, daß sie auf die Ausführung einer Vereinbarung ausgerichtet war, die absolut nichtig war, insofern sie gegen das Dekret des Rates der Französischen Gemeinschaft vom 8. Juli 1983, das jegliche gewerbliche Werbung unter Androhung strafrechtlicher Verfolgung verbot, verstieß.

Dieses Urteil wurde durch ein Urteil des Appellationshofes Brüssel vom 9. Juni 1992 bestätigt.

R.M.B. legte am 2. April 1993 Kassationsklage ein. Im ersten Teil des einzigen Klagegrundes ihrer Kassationsklage machte R.M.B. geltend, daß die Französische Gemeinschaft durch ihr Dekret vom 8. Juli 1983 gegen die Regeln der Zuständigkeitsverteilung verstieß; sie beantragte, daß die obengenannte präjudizielle Frage gestellt werde, was der Kassationshof durch sein Urteil vom 23. Dezember 1993 getan hat.

III. Verfahren vor dem Hof

Die Ausfertigung der Verweisungsentscheidung ist am 14. Januar 1994 in der Kanzlei eingegangen.

Durch Anordnung vom selben Tag hat der amtierende Vorsitzende gemäß den Artikeln 58 und 59 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof die Richter der Besetzung bestimmt.

Die referierenden Richter haben Artikel 71 bzw. 72 des organisierenden Gesetzes im vorliegenden Fall nicht für anwendbar erachtet.

Die Verweisungsentscheidung wurde gemäß Artikel 77 des organisierenden Gesetzes mit am 15. und 17. Februar 1994 bei der Post aufgegebenen Einschreibebriefen notifiziert.

Die durch Artikel 74 des organisierenden Gesetzes vorgeschriebene Bekanntmachung erfolgte im *Belgischen Staatsblatt* vom 22. Februar 1994.

Schriftsätze wurden eingereicht von

- der Régie media belge AG, mit Gesellschaftssitz in 1050 Brüssel, avenue Louise 479, mit am 24. März 1994 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief,

- der Regierung der Französischen Gemeinschaft, avenue des Arts 19 A-D, 1040 Brüssel, mit am 31. März 1994 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief.

Diese Schriftsätze wurden gemäß Artikel 89 des organisierenden Gesetzes mit am 12. und 15. April 1994 bei der Post aufgegebenen Einschreibebriefen notifiziert.

Durch Anordnung vom 23. Juni 1994 hat der Hof die Rechtssache für verhandlungsreif erklärt und den Sitzungstermin auf den 14. Juli 1994 anberaumt.

Durch Anordnung vom 28. Juni 1994 hat der Hof die für die Urteilsfällung vorgesehene Frist bis zum 14. Januar 1995 verlängert.

Diese Anordnung wurde den Parteien und deren Rechtsanwälten mit am 23. Juni 1994 bei der Post aufgegebenen Einschreibebriefen notifiziert.

Auf der Sitzung vom 14. Juli 1994

- erschienen

- . RÄin M. Demeur, in Brüssel zugelassen, *loco* RA J. Kirkpatrick, für die Régie Media belge AG,

- . RA E. Maron, in Brüssel zugelassen, für die Regierung der Französischen Gemeinschaft,

- haben die referierenden Richter P. Martens und G. De Baets Bericht erstattet,

- wurden die Rechtsanwälte angehört,

- wurde die Rechtssache zur Beratung gestellt.

Das Verfahren wurde gemäß den Artikeln 62 ff. des organisierenden Gesetzes, die sich auf den Sprachgebrauch vor dem Hof beziehen, geführt.

IV. Die fraglichen Bestimmungen

Artikel 1 § 1 des Dekretes der Französischen Gemeinschaft vom 8. Juli 1983 gestattet die nichtgewerbliche Rundfunk- und Fernsehwerbung. Der zweite Paragraph dieses Artikels besagt: « Zur Anwendung des vorliegenden Dekretes gelten als Werbehandlungen die Schirmherrschaft über jede Sendung und die Verbreitung jeder Mitteilung, die gegen Bezahlung eines Preises in Form von Geld oder in Form einer Naturalleistung erfolgen. Als Naturalleistung zugunsten des Senders gilt insbesondere die Gewährung von Geldbeträgen, Gütern oder Dienstleistungen, mit Ausnahme von Gütern kultureller Art mit geringem Wert, an die Hörer oder Zuschauer. »

Im dritten Paragraphen desselben Artikels werden die Bedingungen aufgelistet, denen die zulässige Werbung entsprechen muß, um als nichtgewerblich zu gelten.

Artikel 2 des Dekretes erläutert die Bedingungen, denen die Werbeeinblendungen entsprechen müssen.

In Artikel 5, der den Gegenstand der präjudiziellen Frage bildet, sind die Strafen vorgesehen, die denjenigen auferlegt werden, die eine nicht dem Dekret entsprechende Werbung ausgearbeitet oder im Rundfunk oder Fernsehen gesendet haben.

V. In rechtlicher Beziehung

- A -

Standpunkt der R.M.B. AG

A.1.1. Aufgrund von Artikel 4^{6°} des Gesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen vor dessen Abänderung durch das Sondergesetz vom 8. August 1988 seien die Gemeinschaften für « Rundfunk und Fernsehen, außer der Übertragung von Mitteilungen der nationalen Regierung sowie von Handelswerbung » zuständig gewesen. Die Handelswerbung habe also zum Zuständigkeitsbereich des nationalen Gesetzgebers gehört; nur die nichtgewerbliche Werbung sei Bestandteil der Zuständigkeit der Gemeinschaften gewesen.

A.1.2. Die Französische Gemeinschaft habe diese Zuständigkeitsbegrenzung in den Bestimmungen des Dekretes vom 8. Juli 1983 eingehalten, außer in Artikel 5, der strafrechtliche Sanktionen sowohl gegenüber denjenigen, die nichtgewerbliche Werbung, die nicht den erforderlichen Bedingungen entsprach, betrieben haben, als auch gegenüber denjenigen, die Handelswerbung gesendet haben, anordne. So laute die Auslegung dieser Bestimmung sowohl durch den Appellationshof Brüssel als auch durch den Kassationshof.

A.1.3. Die präjudizielle Frage sei also bejahend zu beantworten.

Erwiderung der Französischen Gemeinschaft

A.2.1. In der Auslegung von Artikel 5 des Dekretes vom 8. Juli 1983 durch den Kassationshof verstoße dieser Artikel eindeutig gegen Artikel 4 6° des Sondergesetzes vom 8. August 1980. Diese Auslegung sei jedoch unrichtig. Aus den Vorarbeiten zum fraglichen Dekret gehe nämlich deutlich hervor, daß dieses nur dazu gedient habe, die nichtgewerbliche Werbung zu regeln und zuzulassen (*Doc. C.C.F.*, Sitzungsperiode 1982-1983, Nr. 90/1°, S. 2). Die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates habe in ihrem Gutachten hervorgehoben, ohne daß dies zu irgendeinem Einwand des Dekretgebers geführt habe, wenn im Dekret die Begriffe « Werbung » oder « Werbe- » alleine verwendet würden, müsse man stets darunter verstehen, daß ausschließlich die nichtgewerbliche Werbung gemeint sei (*Doc. C.C.F.*, Sitzungsperiode 1982-1983, Nr. 90/70, S. 2).

A.2.2. Und schließlich müsse, selbst wenn dies nicht Gegenstand der Frage sei, hervorgehoben werden, daß Artikel 1 § 3 des Dekretes, der bestimmt, was unter nichtgewerblicher Werbung zu verstehen sei, die Definition der Handelswerbung nicht mißachte, so wie sie durch die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates in ihrem Gutachten zu dem Entwurf, der zum organisierenden Gesetz vom 18. Mai 1960 über die belgischen Rundfunk- und Fernsehanstalten geworden sei, festgelegt worden sei (*Doc. C.C.F.*, Sitzungsperiode 1982-1983, Nr. 90/3°, Anhang 3a). Dieser Artikel greife also nicht auf die Zuständigkeiten der föderalen Behörde über.

A.2.3. Die Frage sei folglich verneinend zu beantworten.

- B -

B.1. Artikel 5 des Dekretes der Französischen Gemeinschaft vom 8. Juli 1983 zur Regelung der nichtgewerblichen Rundfunk- und Fernsehwerbung - der heute durch das Dekret vom 17. Juli 1987 über audiovisuelle Medien ersetzt ist - besagte:

« Diejenigen, die im Rundfunk oder im Fernsehen Werbung gesendet haben, die nicht die Vorschriften dieses Dekretes erfüllt, werden mit einer Geldstrafe von sechszwanzig bis zehntausend Franken geahndet.

Diejenigen, die eine Nachricht verfaßt haben, die im Rundfunk oder im Fernsehen gesendet wurde und nicht die Vorschriften dieses Dekretes erfüllt, werden mit einer Geldstrafe von sechszwanzig bis zehntausend Franken geahndet. »

B.2. Als das fragliche Dekret vom 8. Juli 1983 verabschiedet wurde, sah Artikel 4 6° des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen vor, daß die Gemeinschaften für « Rundfunk und Fernsehen, außer der Übertragung von Mitteilungen der nationalen Regierung sowie von Handelswerbung » zuständig waren.

B.3. Artikel 5 des fraglichen Dekretes kann so ausgelegt werden, daß er nur die nichtgewerbliche Werbung betrifft, die nicht die in Artikel 2 vorgesehenen Bedingungen erfüllt. In dieser Auslegung verstößt Artikel 5 nicht gegen Artikel 4 6° des Sondergesetzes vom 8. August

1980.

B.4. Dennoch war der Kassationshof der Auffassung, «daß Artikel 5, indem er sich auf die Werbung bezieht, die nicht die Vorschriften des Dekretes erfüllt, sowohl auf nichtgewerbliche Werbung, die nicht den in Artikel 2 festgelegten Kriterien entspricht, als auch auf die Handelswerbung, die nicht durch Artikel 1 § 1 zugelassen ist, Anwendung findet ».

B.5. Der Schiedshof wird die Verfassungsmäßigkeit von Artikel 5 des Dekretes vom 8. Juli 1983 in der Auslegung des Kassationshofes prüfen.

B.6. Indem die Französische Gemeinschaft verfügte, daß diejenigen, die Werbung senden oder Nachrichten erarbeiten würden, die nicht die Vorschriften des Dekretes erfüllen, mit den in Artikel 5 des Dekretes vom 8. Juli 1983 vorgesehenen Strafen geahndet würden, hat sie eine Befugnis ausgeübt, die ihr das Sondergesetz vom 8. August 1980 verlieh, insofern diese Bestimmungen die Autoren von nichtgewerblicher Werbung, die nicht den Erfordernissen des Dekretes entspricht, bestrafen.

Demgegenüber hat der Dekretgeber, indem er diesen Artikel so verfaßte, daß dieser ebenfalls auf diejenigen Anwendung fand, die Handelswerbung gesendet haben, seine Befugnisse überschritten. Insofern ist die Frage bejahend zu beantworten.

Aus diesen Gründen:

Der Hof

erkennt für Recht:

Artikel 5 des Dekrets der Französischen Gemeinschaft vom 8. Juli 1983 « réglementant la publicité non commerciale à la radio et à la télévision » (zur Regelung der nichtgewerblichen Rundfunk- und Fernsehwerbung) verletzte Artikel 59*bis* § 2 1° der Verfassung und Artikel 4 6° des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen vor dessen Abänderung durch das Sondergesetz vom 8. August 1988, soweit er wegen seiner allgemeinen Formulierung dahingehend ausgelegt wird, daß er Strafen vorsah, die auf diejenigen anwendbar waren, die Handelswerbung sendeten.

Verkündet in französischer und niederländischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof, in der öffentlichen Sitzung vom 18. Oktober 1994.

Der Kanzler,

Der Vorsitzende,

(gez.) L. Potoms

(gez.) M. Melchior